

Einsichten und Interpretationsangebote der Transformationsforschung für die Weiterbildung

ZWEI LEHRREICHE JAHRZEHNTE

Sascha Koch

Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall ist der strukturelle Umbruch des ostdeutschen Bildungssystems längst vollzogen. Die gesellschaftstheoretische Interpretation der postsozialistischen Transformation ist indes noch nicht zum Abschluss gekommen. Vor allem die unterschiedlichen Verläufe in verschiedenen osteuropäischen Ländern rufen nach einer Erklärung. Der Autor stellt hierzu zwei »Interpretationsangebote« aus der Transformationsforschung vor, deren jüngerer, »kontextsensitiver« Ansatz geeignet erscheint, die Formen des Wandels, auch der Weiterbildung, zu erklären.

Die Jahreszahl 1989 steht symbolisch für den Mauerfall und die Implosion sozialistischer Gesellschaftsordnungen in Osteuropa. Die Sozialwissenschaften – allen voran Politikwissenschaft und Soziologie – begegneten den abrupten Zusammenbrüchen sozialistischer Staatssysteme anfangs mit gemischten Gefühlen: Sie mussten zunächst das peinliche Eingeständnis machen, dass die einschlägigen Forschungszweige diese Entwicklung in keiner Weise hatten kommen sehen. Zugleich eröffnete sich mit dem rapiden und radikalen Wandel eines halben Kontinents ein bis dato einmaliges Forschungsfeld, das erwartungsvoll als »sozialer Großversuch« (Giesen/Leggewie 1991) antizipiert wurde. Auch die Tiefe der Transformation war außergewöhnlich: Die politische, die ökonomische und die zivilgesellschaftliche Ordnung wurden zeitgleich zur Disposition gestellt. Wissenschaftler/innen erhofften sich von diesem »Freilandexperiment« neue theoretische Erkenntnisse, womöglich sogar die Überprüfung der großen Gesellschaftstheorien.

Die deutsche Wissenschaft ließ sich diese Chance nicht entgehen. Schon

vor dem zehnjährigen Jubiläum des Mauerfalls konnte die Transformation der fünf neuen Bundesländer zu denjenigen historischen Episoden gezählt werden, die in der deutschen Wissenschaftsgeschichte am intensivsten beforscht und dokumentiert wurden. Auch die Erziehungswissenschaft beteiligte sich rege. Sie analysierte den strukturellen Umbruch des ostdeutschen Bildungssystems sowie die Folgen für Lehrende und Lernende (vgl. bilanzierend etwa Tenorth 1997). Die Weiterbildungsforschung fokussierte dabei besonders auf den Aspekt der beruflichen Weiterbildung, deren Rolle bei der Umgestaltung des Wirtschaftssystems auch von der Politik betont und finanziell umfangreich gefördert wurde. So dokumentierten Untersuchungen etwa die Auswirkungen der Reorganisation beruflicher Weiterbildung auf Curricula bzw. Weiterbildner/innen (vgl. Dobischat u.a. 1996) oder die regionalspezifischen Bedingungen und Folgen der Umstrukturierung AFG-geförderter Angebote (vgl. Bröker 1996). Zudem wurde festgehalten, welche Bedeutung und Funktion die berufliche Weiterbildung vor dem

Hintergrund des gesellschaftlichen Umbruchs für die Teilnehmer/innen annahm (vgl. Thöne 1999). Dabei zeigte sich rückblickend u.a., dass die Programmatik und curriculare Gestaltung der beruflichen Weiterbildung vor der Wiedervereinigung bei näherer Betrachtung weniger Ost-West-Differenzen aufwies, als vielfach unterstellt wurde (vgl. Düsseldorf 1997). Bereits Mitte der 1990er Jahre waren in Ostdeutschland die Reformschritte zur Übertragung der westdeutschen Gesellschaftsordnung weitgehend vollzogen. Als zentrales Ziel galt die Etablierung der Institutionen »Demokratie« und »Markt«, wobei der Begriff Institution hier eine doppelte Bedeutung aufwies: zum einen kulturelle Leitideen, Normen, Werte, Konzepte etc.; zum anderen deren formale Ausgestaltung in rechtlichen Regelungen, Organisationsformen oder strukturellen Anordnungen.

»Relativer Erfolg« der Transformation in Ostdeutschland

Die Frage nach Erfolg oder Misserfolg der ostdeutschen Transformation erzeugt aus heutiger Sicht ambivalente Antworten. Entgegen der auch von wissenschaftlicher Seite nicht selten geteilten Zielvorstellung eines schmerzhaften, aber erfolgreichen Übergangs zu Marktwirtschaft und Demokratie fallen vor allem die absehbar langwierigen ökonomischen und sozialen Folgeprobleme in den östlichen Bundesländern ins Auge. Mit Blick auf und im Vergleich zu den übrigen postsozialistischen Transformationsprozessen in Osteuropa stellt der Wandlungsprozess der ehemaligen DDR jedoch einen Erfolgsfall dar: Sowohl eine funktionierende Marktwirtschaft als auch eine stabile Demokratie sind etabliert worden. Dagegen nötigte die Entwicklung politischer Systeme in anderen postsozialistischen Ländern – genauer: die dort oft anzutreffende Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie – die Politikwissenschaft

sogar zur Entwicklung neuer Begriffe und Definitionen (»illiberale« Demokratien, »defekte« Demokratien usw.) (vgl. Merkel 1999, S. 23ff.). Jacobs verweist auf die Befragungsergebnisse aus sieben Transformationsstaaten, wonach zum Jahrtausendwechsel antidemokratische Einstellungen nur in Ostdeutschland und Tschechien ein kritisches Maß unterschritten (vgl. Jacobs 2004, S. 279). Der so betrachtet relative Erfolg der ostdeutschen Transformation wird zumeist auf ihren Sonderstatus, d.h. auf ihre besonderen Bedingungen zurückgeführt:

- Transfer einer ausgearbeiteten rechtlichen, ökonomischen, politischen und zivilgesellschaftlichen Institutionenordnung (»ready-made state«),
- Einsatz enormer externer Finanzmittel (infrastruktureller Umbau, Absicherung sozialer Folgen etc.),
- umfangreicher Personaltransfer in allen (Führungs-)Bereichen öffentlicher Einrichtungen von West nach Ost,
- der vergleichsweise geringe Anteil der direkt von der Transformation betroffenen Wahlbevölkerung.

Diese Spezifika machen plausibel, warum die ostdeutsche Transformation im Gegensatz zu den Umbrüchen und damit verbundenen Suchbewegungen in den übrigen postsozialistischen Staaten auch als exogen verantworteter Transfer anstatt als endogene Transformation der gesellschaftlichen Ordnung verstanden werden kann.

Welche theoretischen Einsichten bringen nun die zwei Jahrzehnte der Transformationsforschung mit sich? Rückblickend und verallgemeinernd lassen sich zwei differente Interpretationsangebote ausmachen:

(1) Transformation als nachholende Modernisierung: Entgegen den 1989/90 geäußerten Erwartungen einer Theorieinnovation brachten die ersten Jahre der Transformation vor allem eine Renaissance von Theorien, die vielen Beteiligten längst als über-

holt galten. Diese unter dem Label »Modernisierungstheorien« zusammengefassten Ansätze favorisieren im Kern die Vorstellung einer universal-evolutionären Gesellschaftsentwicklung, wie sie von Talcott Parsons entworfen wurde (vgl. Parsons 1971). Hierbei werden die westlichen Industriegesellschaften als Ausdruck der Moderne verstanden und deren Bausteine zugleich als notwendige Schritte auf dem Weg in diese Moderne aufgefasst. Der bekannteste deutsche Vertreter des Modernisierungsansatzes, der Soziologe Wolfgang Zapf, schildert dies so: Sobald notwendige »Basisinstitutionen« erst einmal etabliert seien (Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft, Wohlstandsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat, Massenkonsum), beginne der endogene Prozess der Modernisierung (vgl. Zapf 1991). Dieser Prozess der Modernisierung weise ein universal gültiges Muster auf, das sich unabhängig von regionalen bzw. historischen Bedingungen durchsetze und unweigerlich am Ziel der gesellschaftlichen Evolution ankomme: der westlichen Moderne.

»Der verzögerte Westen«

In politikwissenschaftlicher Hinsicht wird diese Vorstellung durch die seit langem etablierte These von Seymour M. Lipset unterstützt, der die Überwindung von sozialer Armut durch wirtschaftliche Entwicklung als die wichtigste Voraussetzung für die Etablierung und Stabilität von Demokratien anführt (vgl. Lipset 1959). Transformation ist nach diesem Verständnis eine nachholende Modernisierung mit einem klaren Ziel und einem vorgezeichneten Weg, der gewissermaßen automatisch beschritten wird, sobald die notwendigen Basisinstitutionen etabliert werden. Kurz: Der Osten ist eigentlich ein verzögerter Westen. Die Modernisierungstheorie wurde von Beginn an massiv kritisiert, war jedoch zunächst sehr dominant. Nicht zuletzt versprach sie der Öffentlichkeit klare Perspektiven und den politischen

Entscheidungsträgern eindeutige Handlungsmaximen. In theoretischer Hinsicht lässt sich eine Kritik dahingehend zuspitzen, dass die revitalisierte Modernisierungstheorie die Beschreibung der westlichen Moderne mit dem Prozess der Modernisierung gleichsetzt und auf diese Weise eher ein normatives Leitbild als ein theoretisches Erklärungsangebot offeriert (vgl. bilanzierend Kollmorgen 2007). Der modernisierungstheoretische Blick basiert zudem auf Unterstellungen, die den Blickwinkel auf die ostdeutsche Transformation insbesondere zu Beginn der Forschungsaktivitäten unproduktiv verengen:

Zum einen wurde der Ausgangspunkt der Transformation in Ostdeutschland als Situation einer »Tabula rasa«, zum anderen den aus Westdeutschland importierten Basisinstitutionen quasi eine deterministische Wirkung auf Menschen und Organisationen unterstellt. Die Modernisierungstheorie machte auf diese Weise die Frage nach der vollständigen Angleichung zum Fluchtpunkt der Analyse. Die Unterstellungen ließen sich jedoch schon in den frühen 1990er Jahren nicht mehr halten, als die empirische Forschung die Mikroebene individueller Akteure (Biographien, Identitätswürfe, tradierte Einstellungsmuster und Handlungsroutinen etc.) und die Mesoebene kollektiver Akteure (Vereine, Verbände, soziale Netzwerke etc.) in ihre Betrachtung aufnahm. Trotz der radikalen Abschaffung eines Regierungs- und Wirtschaftssystems setzte die Transformation nicht an einem Nullpunkt an, sondern traf auf die massiven Konturen individueller und kollektiver Geschichte. Die Modernisierungstheorie konnte solche Bedingungen nur als Blockaden wahrnehmen. Analog galt für ausbleibende Erfolge, Ambivalenzen oder unerwartete Entwicklungen der ostdeutschen Transformation, dass diese nur als Normabweichungen, nicht jedoch als eigenständige (und theorierelevante) Wege einer Transformation interpretiert werden konnten.



Mauer soll nicht sein, sagen die Jugendlichen, die sich ihren Spielplatz gewaltsam zurückholen.

(2) Transformation als ergebnisoffener und kontextabhängiger Institutionalisierungsprozess: Ab Mitte der 1990er Jahre gewann eine Theorieperspektive an Bedeutung, die man als »Kontextualisierung« beschreiben kann. Zu dieser Perspektivenerweiterung trug nicht zuletzt bei, dass die bis dato auf Ostdeutschland fixierte Transformationsforschung nun begann, international vergleichend die Entwicklung der postsozialistischen Gesellschaften zu untersuchen. Das zentrale und überraschende Ergebnis war die Konstatierung auffälliger Unterschiede in den Transformationsverläufen. Wie ließ sich dies erklären?

»Bricolage«

Zunächst wurde mit Blick auf die Akteure in Transformationsprozessen bekräftigt, dass abstrakte Institutionen wie »Demokratie« und »Markt« das Handeln von Individuen bzw. Organisationen nicht determinieren. Vielmehr würden Individuen und Organisationen sich Institutionen selektiv aneignen und deren Elemente rekombinieren – ein Vorgang, der als »institutionelle Basteiarbeit« (»Bricolage«) bezeichnet wird.

Eine entscheidende Funktion komme hierbei den zivilgesellschaftlichen Organisationen als Ort der »Aushandlung« zu. Für die Forschung hieß dies, Transformation als einen Prozess zu interpretieren, in dem sich verschiedene Ebenen (Individuen, Organisationen, gesellschaftsweite Institutionen) wechselseitig beeinflussen und durchdringen. Zudem gewannen kulturelle Hinterlassenschaften, die den Umgang mit den neu installierten Institutionen moderierten, an Aufmerksamkeit. Eine funktionsfähige Demokratie brauche, so die Schlussfolgerung, den Kontext einer entsprechenden »politischen Kultur«. Ebenso könnten ökonomische Schwierigkeiten eines neu etablierten Marktes mit der historisch gewachsenen »Wirtschaftskultur« in den jeweiligen Ländern erklärt werden (vgl. Berliner Debatte Initial 2004).

Die Unbestimmtheit der Zukunft postsozialistischer Gesellschaften ließ sich leicht übersehen, solange der Blick ausschließlich auf den von außen strukturierten Wandlungsprozess Ostdeutschlands gerichtet war. Wie lässt sich nun die vergleichsweise starke Angleichung Ostdeutschlands vor dem Hintergrund ihrer besonderen Bedingungen erklären? Einsichten in Mecha-

nismen der institutionellen Angleichung bietet u.a. der soziologische Neo-Institutionalismus an (vgl. DiMaggio/Powell 2009): Abgesehen von den Zwängen durch Gesetze bzw. Vorschriften wirke etwa der gleiche Sozialisations- und Bildungshintergrund von Entscheidungsträger/innen als eine Art »kognitive Normierung« (»normative Isomorphie«). Problemsichten oder Lösungsansätze im Umgang mit tradierten Institutionen seien demnach weit verbreitet und anerkannt, so dass sie zumeist unhinterfragt blieben – und gerade dadurch permanent zur Anwendung kämen. Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen erhält der massive Transfer von in Westdeutschland ausgebildetem und im Umgang mit dortigen Institutionen erfahrenem Personal eine bislang unbeachtete Relevanz. Transformation ist in diesem Fall nicht nur der Transfer eines ausgearbeiteten Institutionensystems, sondern vor allem die kognitive Angleichung des Umgangs mit ihm: Im Rahmen gemeinsamer Alltagspraxis wird ein implizit standardisierter Umgang mit institutionellen Arrangements vermittelt und angeeignet.

Bilanzierend lässt sich für die seit Mitte der 1990er Jahre dominierende »kontextsensitive« Interpretation von postsozialistischen Transformationsprozessen festhalten, dass sie eine teleologische Auffassung ablehnt. Transformation wird als ein zieloffener, komplexer und konflikthafter Prozess aufgefasst, in dem osteuropäische Akteure westliche Institutionen vor dem Hintergrund regionaler, sozialer und kultureller Bedingungen neu ausformen. Kurz: Westliche Entwürfe und östliche Kontextbedingungen erzeugen neue, hybride Gesellschaftsformationen. Zugleich öffnet diese kontextualisierende Perspektive den Blick für sich überlagernde Prozesse des Wandels: Postsozialistische Transformation ist wiederum in Europäisierung, Globalisierung, Anforderungen einer »reflexiven« Moderne etc. eingebettet.

Die theoretischen Erklärungsangebote der postsozialistischen Transformati-

onsforschung sind von der Weiterbildungsforschung bislang kaum aufgegriffen worden, obwohl Reflexionen zum Wandel der Erwachsenenbildung oder zur Institutionalisierung von Leitideen wie etwa dem »lebenslangen Lernen« ganz ähnliche Fragen aufwerfen. Wie entstehen und verbreiten sich kulturelle Institutionen wie das lebenslange Lernen (vgl. Koch/Schemmann 2009)? Welche Akteure auf den verschiedenen Handlungsebenen (global, national, regional, lokal, organisational, individual) transformieren solche Programmatiken in ganz unterschiedliche Praktiken der Bildungsarbeit (vgl. Hartz/Schrader 2008)? Ortfried Schöffter führt 2001 den Begriff »Transformationsgesellschaft« an, um den komplexen gesellschaftlichen Wandel auf den Punkt zu bringen und dessen Bedeutung für die formal organisierte Erwachsenenbildung zu reflektieren (vgl. Schöffter 2001): Die Entwicklung ihrer Strukturen wie auch die darin angesiedelten Lernprozesse Erwachsener könnten als permanente Transformation verstanden werden. Schöffter stellt u.a. zwei Konzepte von Transformation vor: zum einen die schlichte Konversion in Richtung auf ein vorbildhaftes Ziel; zum anderen den zieloffenen und durch permanente Reflexion begleiteten Wandel. Obwohl Schöffter nicht speziell auf die postsozialistische Transformationsforschung zurückgreift, sind Analogien augenfällig. Die Transformationsforschung mag in diesem Sinne Interpretationsangebote für den Wandel der Erwachsenenbildung (nicht nur) in Ostdeutschland und (nicht nur) der vergangenen zwei Jahrzehnte bereitstellen.

Literatur

Berliner Debatte Initial (2004): 15. Jg., Heft 5/6

Bröker, A. (1996): Die Reorganisation beruflicher Weiterbildung im regionalen Transformationsprozess der neuen Bundesländer. Destruktion und Konstruktion im Wechselspiel. Frankfurt a.M.

DiMaggio, P.J./Powell, W.W. (2009): Das stahlharte Gehäuse neu betrachtet: Institutionelle Isomorphie und kollektive Rationalität in organisationalen Feldern. In: Koch/Schemmann a.a.O., S. 57–84

Dobischat, R. u.a. (1996): Probleme der Reorganisation der beruflichen (betrieblichen) Weiterbildung. In: Arbeitsgemeinschaft QUEM (Hrsg.): Der Umbruch des Weiterbildungssystems in den neuen Bundesländern. Münster, S. 15–186

Düsseldorff, K. (1997): Untersuchungen zur beruflichen Weiterbildung in der Transformation vom Plan zum Markt. Bochum

Giesen, B./Leggewie, C. (1991): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin

Hartz, S./Schrader, J. (Hrsg.) (2008): Steuerung und Organisation in der Weiterbildung. Bad Heilbrunn

Jacobs, J. (2004): Tücken der Demokratie. Antisystemeinstellungen und ihre Determinanten in sieben post-kommunistischen Transformationsländern. Wiesbaden

Koch, S./Schemmann, M. (Hrsg.) (2009): Neo-Institutionalismus in der Erziehungswissenschaft. Grundlegende Texte und empirische Studien. Wiesbaden

Kollmorgen, R. (2007): Transformation als Modernisierung. Eine meta- und gesellschaftstheoretische Nachlese (ISOZ-Arbeitsbericht 47). Magdeburg

Lipset, S.M. (1959): Some Social Requisites of Democracy. Economic Development and Political Legitimacy. In: American Political Science Review. 53. Jg., S. 69–105

Merkel, W. (1999): Systemtransformation. Opladen

Parsons, T. (1971): Evolutionäre Universalien der Gesellschaft. In: Zapf, W. (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels. Köln, S. 55–74

Schöffter, O. (2001): Weiterbildung in der Transformationsgesellschaft. Zur Grundlegung einer Theorie der Institutionalisierung. Baltmannsweiler

Tenorth, H.-E. (Hrsg.) (1997): Kindheit, Jugend und Bildungsarbeit im Wandel. Ergebnisse der Transformationsforschung. Weinheim/Basel

Thöne, B. (1999): Berufliche Weiterbildung in gesellschaftlichen Umbruchsituationen. Eine qualitative Studie am Beispiel Ostdeutschlands. Frankfurt a.M.

Zapf, W. (1991): Modernisierung und Modernisierungstheorien. In: ders. (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Frankfurt a.M., S. 23–39

Abstract

Der Beitrag bietet für die Reflexion der ostdeutschen Transformationsprozesse nach der Wende zwei Interpretationsangebote aus der soziologischen Transformationsforschung. (1) Mit dem Konzept der Transformation als nachholender Modernisierung wird das Bild einer Gesellschaft gezeichnet, die zwangsläufige Modernisierungsprozesse zeitverzögert durchläuft. (2) In der Theorieperspektive der Kontextualisierung wird Transformation als ein zieloffener, komplexer und konfliktreicher Prozess aufgefasst, in dem östliche Akteure westliche Institutionen vor dem Hintergrund regionaler, sozialer und kultureller Bedingungen neu ausformen. Der Autor favorisiert diese »kontextsensitive« Interpretation von postsozialistischen Transformationsprozessen. Mit ihr kann die weitgehende Angleichung Ostdeutschlands ebenso plausibel erklärt werden wie die höchst unterschiedlichen Transformationsverläufe der übrigen postsozialistischen Transformationsländer. Der Beitrag wird gerahmt durch weiterbildungsspezifische Aspekte: Eingangs wird der Forschungsstand zur ostdeutschen Weiterbildung nach 1989 angezeigt; am Schluss gibt der Autor Hinweise zur Rezeption der Transformationsforschung in der Weiterbildungsforschung.



Dipl. Soz.wiss. Sascha Koch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Weiterbildung der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Kontakt:
Sascha.Koch@erziehung.uni-giessen.de